

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3457

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3457



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Offensive der LGBT-Lobby

Ausverkauf der Werte – wo bleibt der Widerstand gegen «Ehe für alle»?

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Die Lobby der LGBT (Nichtheterosexuelle) überzieht die Schweiz dieser Tage mit einer teuren, regenbogenfarbenen Propagandawalze. Prominente, Konzerne, Medien – viele von ihnen überbieten sich beinahe täglich mit neuen Unterwerfungsgesten. In diesem aufgeheizten Klima findet im Herbst die Volksabstimmung über die «Ehe für alle» statt. Erstaunlich wenige konservative Politiker wollen dagegen antreten und vernachlässigen den Kampf gegen diese wichtige gesellschaftspolitische Weichenstellung.

Obwohl wir eigentlich viel Wichtigeres zu tun hätten, werden die öffentlichen Debatten in diesen Tagen überschattet von Symbolpolitik, die Ausdruck einer lebensfremden Wohlstandsgesellschaft sind. Von Fussballern wird erwartet, sich an der EM niederzuknien – als Zeichen gegen Rassismus, im Sinne der «Black Lives Matter»-Bewegung. Der deutsche Torhüter trägt eine Regenbogen-Armbinde, und um gegen ein neues Gesetz in Ungarn zu protestieren, sollte gar das Münchner Fussballstadion mit diesen Farben beleuchtet werden. Gefühlt jede grosse Firma tat dies ohnehin schon seit Wochen – aber selbstverständlich nur bei uns in Westeuropa und sicher nicht in den Absatzmärkten im arabischen und asiatischen Raum. Es ist eindeutig: Auch hierzulande hat die LGBT-Community, die Lobby der Nichtheterosexuellen, Hochkonjunktur.

Sie übertreiben es

Diese omnipräsente Reizüberflutung – mit dem Anspruch, unser aller Privatleben und den Sport zu verpolitisieren – initiierte unter Prominenten und Politikern zwar einen gewissen Gruppendruck, will doch jeder irgendwie auch zu den Super-Toleranten gehören. Die Stimmung in der Bevölkerung ist mittlerweile aber gekippt. Spätestens seit auch noch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder mit Regenbogen-Maske posieren musste, wurde es den meisten Normalos – im wahrsten Sinne des Wortes – definitiv zu bunt. Er, der als CSU-Kader jahrelang auf konservativen Macker gemacht hat, um im bürgerlichen Lager Stimmen zu fangen, will jetzt als LGBT-Sympathisant auftreten. Peinlicher und unglaublicher geht's kaum, das merkte jeder.

In diesem Kontext ist die Volksabstimmung über «Ehe für alle» zu sehen, die am 26. September stattfindet. Genauso wie viele Firmen sich jetzt mit dem Regenbogen brüsten, ist dieser das Symbol des Ja-Lagers. Die Befürworter versuchen mit grossem Aufwand, diese Vorlage zu einem Plebiszit «Pro und Contra sexuelle Minderheiten» hochzustilisieren. Die regenbogen-gefärbte Schickeria fungiert dabei als Zudienerschaft für ein radikales politisches Programm: Ehe für alle, Samenspende und Adoption für alle, Geschlechtsumwandlungen zu jeder Zeit für alle, Überwindung der natürlichen Geschlechter-Rollen und das Verbot kritischer Meinungen als «Hassreden».

Raus aus der Defensive

Wer aus guten Gründen dagegen ist und das öffentlich äussert, wird in die Defensive gedrängt und muss sich rechtfertigen, weshalb er anderen gleiche Rechte verweigere. Es gehe ja bloss um Liebe, man nehme schliesslich niemandem etwas weg – so der heimtückische Versuch, die Deutungshoheit über die Debatte zu gewinnen.

Hier müssen wir, die wir für Wertkonservatismus und das christliche Gesellschaftsverständnis einstehen, Gegensteuer geben. Dies, obwohl der Zeitgeist in eine andere Richtung weht – oder gerade erst recht deswegen. Wer im bürgerlich-konservativen Lager diesen Diskussionen ausweicht, gibt die gesellschaftspolitische Flanke frei: Für weitergehende Forderungen, wie die nach der Leihmutterchaft, die nach einem Ja zur Ehe für alle mit Sicherheit folgen werden.

Salamitaktik

Konservativ zu sein, heisst nicht, die Realitäten des 21. Jahrhunderts zu verleugnen. Für Angehörige meiner Generation ist es selbstverständlich, Nichtheterosexuelle respektvoll und korrekt zu behandeln. Die Zeiten des Versteckens und der Ausgrenzung sind längst vorbei – es gibt schlicht keine Grundlage mehr für das Märchen der LGBT-Lobby, wonach sexuelle Minderheiten in der Schweiz so furchtbar schlecht behandelt würden.

Um nichtheterosexuelle Partnerschaften rechtlich abzusichern, hat die Schweiz 2007 das Partnerschaftsgesetz geschaffen. LGBT-Kreise feierten damals, dass nun die rechtliche Gleichberechtigung erreicht sei. So ist es nämlich auch: Es gibt lediglich ein paar Unterschiede im Erb- und Güterrecht und in Fragen, die Kinder betreffen. Dass nur wenige Jahre danach die Ehe für alle forciert wurde, ist Ausdruck typischer Salamitaktik und sollte uns Warnung für die Zukunft sein. Mit der «Ehe für alle» wird noch lange nicht Schluss sein – die LGBT-Lobby verfolgt ein umfassendes Programm zur Umwälzung gewachsener Gesellschaftsstrukturen.

Wird die SVP gekapert?

Von den Schweizer Parteien sind bisher nur die EDU und die SVP stabil geblieben: Sie lehnen sowohl die Ehe für alle als auch den damit verknüpften Zugang zur Samenspende für lesbische Paare ab. Letztere leider nicht mehr so überzeugt, wie in der

Vergangenheit. LGBT-Akteure versuchen, auch unsere Partei von innen her zu beeinflussen.

Es gibt ein Komitee «SVP – Ja zur Ehe für alle», dem leider auch mehrere Parlamentarier angehören. Es ist zwar eine Minderheit, sie ist aber sehr laut und könnte bewirken, dass sich auch gestandene SVP-Politiker lieber nicht zum Thema äussern – mit dem Verweis auf «andere Prioritäten». Diese Konsequenz wäre fatal, weil es sich bei der «Ehe für alle» um ein gewaltiges Gesellschaftsexperiment handelt, das nicht ohne Gegenwehr passieren darf. Die SVP kann es sich nicht erlauben, sich aus der Gesellschaftspolitik zu verabschieden; sie darf ihre wertkonservativen Wurzeln nicht verleugnen.

Auch im 21. Jahrhundert ist für uns so klar wie modern, dass die Ehe die auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann ist. Nur die Verbindung von Mann und Frau hat aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens. Deshalb ist sie als zentraler Eckpfeiler von Gesellschaft und Staat zu schützen und als erstrebenswertes Ideal zu «privilegieren».

Das «Privileg» der Ehe zwischen Mann und Frau gründet u.a. auf biologischen Fakten. Ein Kind braucht eine Mutter und einen Vater – und nicht Elter 1 und Elter 2. Ich bin durchaus offen dafür, wenn Homosexuelle die eingetragene Partnerschaft dahingehend ändern möchten, dass es Verbesserungen im Erbrecht gibt. Aber das hat nichts mit der Ehe zu tun. An der heutigen Ehe-Definition festzuhalten, ist alles andere als diskriminierend. Das Gleichheitsgebot besagt, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln ist.

«Kinder für alle?»

Was auch all jenen gesagt werden muss, die die Ansicht äussern, es sei ihnen egal, wer mit wem heiratet: Am 26. September stimmen wir nicht nur darüber ab, das Rechtsinstitut Ehe für nicht-heterosexuelle Beziehungen zu «öffnen». Es geht darüber hinaus darum, lesbischen Paaren den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin zu gewähren, wenn ein Kinderwunsch besteht. Damit verstösst die «Ehe für alle» gegen Art. 119 der Bundesverfassung. Dieser erlaubt nämlich die medizinisch unterstützte Fortpflanzung auch heterosexuellen Paaren nur bei Unfruchtbarkeit oder der Gefahr einer schweren Krankheit – quasi als «Ultima Ratio», wenn das Kinderkriegen auf natürlichem Weg nicht klappt.

Mit der neuen Vorlage wird die Samenspende vom medizinischen Ausnahmefall zum gesetzlichen Regelfall – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Kinder. Das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, bleibt den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt. Dabei ist die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die kindliche Identitätsbildung zentral, weswegen die Samenspende die Ausnahme bleiben muss. Wir alle wissen, dass Kinder Vorbilder von beiden Geschlechtern brauchen – die Samenspende für lesbische Paare verwehrt ihnen jedoch per Gesetz den Vater.

Was kommt als nächstes?

Indem «Unfruchtbarkeit» in der Gesetzesvorlage verfassungswidrig in «unerfüllten Kinderwunsch» umgedeutet wird, können sich künftig auch weitere Gruppen (Alleinstehende, schwule Paare) auf ihren unerfüllten Kinderwunsch berufen. Bald dürften Forderungen nach der Eizellenspende und der ethisch inakzeptablen Leihmutterschaft folgen. Es werden neu Ansprüche auf ein Kind geschaffen – das Kind wird zum Objekt degradiert, das gerade gut in die Lebensplanung privilegierter Homosexueller passt.

Vergessen wir nicht: Nichts kommt eine Gesellschaft und einen Staat günstiger als intakte Familien mit Eltern, die in einer Ehe vereinigt sind. Logisch, haben wir keine «heile Welt». Logisch, gibt es viele alleinerziehende Mütter, die hervorragend zu ihren Kindern schauen. Entscheidend ist aber die Ausgangslage, dass die geplante Zukunft bei den allermeisten Familien darin bestanden hat, dass die Kinder mit Vater und Mutter aufwachsen sollen. Es geht hier um Stabilität, traditionelle Werte und das Idealbild, das wir vermitteln wollen. Die Chancen, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer dies nach wie vor auch so sieht, stehen weit besser als es uns die Regenbogen-Medien weiszumachen versuchen.

Anian Liebrand